



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 1927

160 (5.4.1927) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-233055](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-233055)

Neue Mannheimer Zeitung

Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspreise: In Mannheim u. Umgebung frei ins Haus oder durch die Post monatl. M. 2,50 ohne Befestigung bei sonstiger Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse Nachlieferung vorbehalten. Postfachkonto 17390 Karlsruhe. Haupt-Vertriebsstelle E. 6, 2 Haupt-Redaktionsstelle: R. 1, 4-6, (Hallerstraße) Geschäfts-Vertriebsstellen: Waldhofstr. 8, Schmeisingerstr. 19/20 u. Meerfeldstraße 11. Telegramm-Adresse: Generalanzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich 12mal. Fernsprecher 24944, 24945, 24951, 24952 u. 24953

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung je einz. Kolonnenzeile für Allgem. Anzeigen 0,40 R. M. Resten 3-4 R. M. Kollektiv-Anzeigen werden höher berechnet. Für Anzeigen-Vorarbeiten für bestimmte Tage, Stellen u. Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Höhere Gewinne, Streifen, Vertriebsstörungen usw. berechnen zu keinen Erlassensgründen für ausgefallene od. beschränkte Ausgaben oder für verspätete Aufnahme von Anzeigen. Aufträge durch Fernsprecher ohne Gewähr. Geschäftsamt in Mannheim.

Beilagen: Sport und Spiel · Aus Zeit und Leben · Mannheimer Frauenzeitung · Unterhaltungs-Beilage · Aus der Welt der Technik · Wandern und Reisen · Gesetz und Recht

Der Auswärtige Etat vor dem Reichstag

Stresemann zur Konfordatsfrage

Eine interessante Sitzung

Berlin, 5. April. (Von unserem Berliner Büro.) Im Reichstag hat heute die 3. Lesung des Etats begonnen. Damit ist man erneut in eine Erörterung der Innenpolitik eingetreten. Der Sozialdemokrat Hilferding eröffnete die Aussprache mit scharfen Angriffen gegen die Deutschnationalen, die durch ihren Eintritt in die Regierung „Unschicklichkeit“ in die Politik getragen hätten. Hilferding gibt dann im Namen seiner Fraktion die Erklärung ab, daß die Sozialdemokraten den Etat ablehnen und er begründet die Haltung mit drei Schlagworten: nämlich als Protest gegen den Partikularismus, gegen staatsrechtlichen Rückschritt und als Demonstration für den Einheitsstaat. Müller-Franke rügt nach ihm, daß nur drei Minister sich zur Lesung des Etats eingelassen hätten. Sein Antrag, die Sitzung zu verlegen, bis das Kabinett vollständig zur Stelle sei, wird gegen die Stimmen der Linken abgelehnt. Die Sozialdemokraten müssen sich von den Kommunisten sagen lassen, daß ihr Widerstand gegen Etat und Regierung lediglich eine „Scheinopposition“ bedeute.

Dann nimmt der Demokrat Dietrich-Baden zu einer weitläufigen Rede das Wort. Er vermißt die Klarheit und Durchsichtigkeit des Etats, beärzigt es aber, daß die Regierungsparteien einen großen Teil der demokratischen Anregungen nach der Richtung hin in ihren Antrag einbezogen hätten. Dietrich geht weiter auf die bedrückte Lage der bäuerlichen Betriebe ein und verbreitet sich über die Handelsvertragspolitik, den Notstand der Junglehrer und eine Reihe anderer innerpolitischer Probleme. Besonders interessant ist der Teil seiner Ausführungen, der sich

mit der Konfordatsrede Dr. Stresemanns

beschäftigt. Die Freunde der Demokraten über die stramme liberale Einstellung Dr. Stresemanns habe sich leider als verfrüht herausgestellt, da Dr. Stresemann gestern einen Rückgang angetreten habe. Trotzdem hofft der Redner, daß beim Reichsschulgesetz sich die liberalen Parteien wieder auf gemeinsamem Boden zusammenfinden werden.

Die Finanzgebarung Dr. Köhlers wird nochmals durch den Abg. Dr. Bredt von der Wirtschaftspartei und Graf Reventlow einer höchst abfälligen Kritik unterworfen. Graf Reventlow hält es für geschmacklos, dann auch noch den Plauener Prozeß in den Kreis seiner Erörterungen zu ziehen und den Rücktritt Dr. Stresemanns zu fordern. Damit ist dann die allgemeine Aussprache, die lediglich von den Oppositionsparteien bestritten worden ist, beendet und man geht auf Einzelfragen ein.

Gegen 1/2 Uhr erfuhr die Sitzung

eine überraschende Unterbrechung.

Beim Etat des Auswärtigen beantragte nämlich der Sozialdemokrat Müller-Franke in die Ausdehnung der Verhandlungen, bis Reichsaußenminister Dr. Stresemann erschienen sei. Um einen Konflikt zu vermeiden, verzogte der Vizepräsident Esfer die Sitzung auf kurze Zeit. Fünf Minuten später wird die Sitzung wieder eröffnet. Dr. Stresemann ist zur Stelle und macht sich eifrig Notizen, während Dr. Breitscheid von den Sozialdemokraten spricht. Breitscheid knüpft an die Forderung Reventlows an, der Außenminister müsse wegen des Verlaufes des Plauener Prozesses zurücktreten. Breitscheid bezeichnet es als einen Skandal, daß eine der Regierung angehörende Partei, nämlich die Deutschnationalen, in engem Zusammenhang mit der gegen Stresemann initiierten Hebe gestanden haben. Breitscheid geht dann weiter auf die Konfordatsfrage ein. Er wünscht zu erfahren, wie Dr. Stresemann als Außenminister über die Zweckmäßigkeit eines Reichskonfordats denkt. Breitscheid verlangt ferner namens seiner Partei Auskunft über den Stand der Dinge in Albanien, namentlich über das Verhältnis Jugoslawiens zu Italien.

Dr. Stresemann erwidert sofort

Er entschuldigt sein Fernbleiben zunächst mit dem Hinweis darauf, daß zu gleicher Stunde im Auswärtigen Amt wichtige Besprechungen mit den Vertretern der ausländischen Bevölkerung stattgefunden hätten und daß er auch noch den Besuch seines Gesandten hätte entgegennehmen müssen. Zur Konfordatsfrage äußerte Dr. Stresemann seinen bisherigen Ansichten nichts Neues hinzu. Er wiederholte lediglich, daß er gegenüber der Forderung einer grundsätzlichen Ablehnung eines Reichskonfordats darauf hinweise, daß eine neue Situation entstanden sei, nachdem verschiedene Länder mit dem Vatikan bereits ein Konfordat abgeschlossen hätten oder sich in Verhandlungen über ein solches befänden. Das er über seine Haltung zu einem Reichskonfordat gesagt habe, befände sich in voller Übereinstimmung mit der Erklärung, die seinerzeit im Namen der Reichsregierung über den Stand der Konfordatsfrage abgegeben worden sei. Dr. Stresemann geht dann auf die Albanische Frage ein, erklärt aber, daß er zu seinem Bedauern sich nicht in der Lage sehe, vor dem Plenum über die diplomatischen Verhandlungen Auskunft zu geben, da die Dinge noch in Fluss seien. Dr. Stresemann betont aber seine Bereitwilligkeit, übermorgen im Auswärtigen Amt schriftliche Auskunft sowohl über den jugoslawisch-italienischen Konflikt, als auch über die Wirren in China zu erteilen. Er

versichert, daß Waffenlieferungen nach China im Einverständnis mit der deutschen Regierung nicht vor sich gegangen wären.

Die neuerliche Stellungnahme Dr. Stresemanns im Plenum hat indes bei der Opposition wenig befriedigt. Dr. Stresemann wird infolgedessen von dem Abg. Dietrich-Baden (D. e. m.) nochmals aufgefordert, sich etwas genauer auszusprechen. Daraus erwidert der Minister, die ganzen Verhandlungen in der Konfordatsfrage befänden sich noch im Anfangsstadium der Resorts. Er sei daher nicht in der Lage, eine amtliche Erklärung dazu abzugeben. Aus seiner persönlichen Auffassung mache er kein Hehl. Nachdem mit Bayern ein Konfordat abgeschlossen sei und vielleicht auch mit Preußen ein Zustandekame, sei er der Meinung,

daß man auch ein Reichskonfordat abschließen solle

(Rechts hört, hört links). Es sei jedenfalls wünschenswert, daß über gewisse Rahmenbestimmungen auch das Reich die Entscheidung trifft. Die Entscheidung im einzelnen werde davon abhängen, welchen Inhalt diese Abmachungen haben werden.

Nach diesen Erklärungen Dr. Stresemanns wird der Handhabe des Auswärtigen Amtes endgültig verabschiedet.

Volkspartei und Reichsschulgesetz

Auf der bereits mehrfach erwähnten Kulturtagung der D. V. P. in Berlin referierte, wie noch ergänzend gemeldet sei, Abg. Dr. Munkel über das Reichsschulgesetz. Er betonte u. a., daß im Mittelpunkt der kommenden Verhandlungen das Problem „Staatschule oder Bekenntnisschule“ stehen wird, d. h. die Frage: ist die Volksschule nach ihrer äußeren Einrichtung und ihrer inneren Struktur, sei es mittelbar oder unmittelbar, eine Veranstaltung des Staates oder ist sie, wenigstens soweit sie Bekenntnisschule ist, zugleich neben dem Staate auch noch Schule einer Religionsgemeinschaft. Verwaltungstechnisch angesprochen: ist der Staat für alle Schulen letzte zureichende Instanz oder ist die Religionsgemeinschaft ihm für die Bekenntnisschule nebensächlich. Die Verantwortung dieser Fragen wird wohl für alle politischen Richtungen von der Begriffsbestimmung „Bekenntnisschule“ abhängen. Die Deutsche Volkspartei ist nach wie vor nicht in der Lage, schulpolitischen Konsequenzen zuzustimmen, die ihren letzten Grundfragen zuwiderlaufen, für sie gibt es hier Grenzen des Nachgebens. Wir fordern von unserem liberalen Standpunkte aus die Staatschule in Anerkennung des allgemeinen Grundgesetzes: die Volksschule ist eine Veranstaltung des Staates. Wir fordern die Staatshoheit über die Schule nicht als Konsequenz einer liberalen Idee, sondern in Anerkennung einer geschichtlichen Entwicklung. Wir erkennen von unserem liberalen Standpunkte aus diese durch die Entwicklung gegebene Stellung des Staates an, umso mehr, als Pflege des Rechts und der Gerechtigkeit nach dem Grundgesetz „Jedem das Seine“ ein liberaler Grundsatz ist und der Staat nur in dieser Form einer anderen liberalen Forderung freie Persönlichkeitsauswirkung und Rechtsschutz der Persönlichkeit sicherstellen kann. Aus der Anerkennung des Hoheitsrechtes des Staates über die Schulen ergeben sich für uns Forderungen, die wir als liberale Anforderungen an ein Reichsschulgesetz erheben müssen: vor allem die Staatshoheit über die Schule und damit verbunden das Recht alleiniger staatlicher Schulaufsicht auch über den Religionsunterricht, also Staatschule auch als Bekenntnisschule. Für die Bestimmung der Bestimmungen in Artikel 149, wonach der Religionsunterricht „in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft“ zu geschehen hat, ist eine Form zu finden, die dem obersten Grundsatz der Staatshoheit keinen Eintrag tut, andererseits aber doch die Belange der Kirchen und Religionsgesellschaften sicherstellt. Weitere Konsequenzen sind: Überwachung des Schulbetriebes und der Ausführung des Lehrers allein durch den Staat, Stundenplan und Lehrplan ist Sache des Staates. Dem Staate erwächst ferner die Verpflichtung, für einen geeigneten und fähigen Lehrernachwuchs zu sorgen. Neben diesen mehr formalen Forderungen stehen die Forderungen hinsichtlich der qualitativen Ausgestaltung des Reichsschulgesetzes.

In der Debatte sprach u. a. auch Abg. Haas-Mannheim ein, der überzeugend die Vorteile der badiischen Gemeindegemeinschaft auf arbeitsrechtlicher Grundlage auslenkenderlegte. Es gebe in Baden keine weltlichen Klassen. Die auf Grund der Verhandlungen angenommene Entscheidung ist bereits im heutigen Mittagsblatt veröffentlicht worden.

Das Arbeitsprogramm des Reichstags

Berlin, 5. April. (Von unserem Berliner Büro.) Der Reichstag hält am Freitag seine letzte Plenarsitzung vor Ostern ab. Am Samstag soll jedoch noch eine Sitzung des parlamentarischen Untersuchungs Ausschusses stattfinden, in der der Landgerichtsrat Dobring erscheinen soll, gegen den in der letzten Sitzung die beiden zum Tode verurteilten gemeinen Mörder Beders und Eder schwere Anschuldigungen erhoben haben. Die beiden ehemaligen Matrosen sollen im Austausch mit Dobring konfrontiert werden.

Kreislauf der Ideen

Die Umgruppierung der englischen Parteien (Von unserem Londoner Vertreter)

Der dreigeteilte Bau der englischen Parteipolitik ist in allen Zügen. Und es sind diesmal nicht die Persönlichkeiten, deren Maß über die Grenzen der Parteien drängt, sondern die alten politischen Ideen selber, die hinter den Kulissen der parlamentarischen Bühne zu freieren beginnen. Die Zeiten sind vorüber, wo „Freihandel oder Schutz Zoll“ und „Imperialismus oder splendid Isolation“ klare ideale Sammelplätze abgaben, um die sich die Parteien formierten; wirtschaftliche Interessen, gesellschaftliche Schichten üben in dem schnellen Auf und Ab ihrer Macht und Ohnmacht einen verwirrenden Einfluß aus, und die revolutionären Veränderungen, die in der sozialen Machtverteilung in den Jahren seit dem Kriege vor sich gegangen sind, haben in den politischen Ideen noch nicht die entsprechende Neuordnung nach sich gezogen. Jetzt aber beginnt auf allen Seiten ein beständiges Erwachen, und die alten Ideale suchen sich den neuen Tatsachen anzupassen.

Ueber den Kampf zwischen den beiden Flügeln der liberalen Partei ist es, nach dem Triumph der „Radikalen“ Lloyd Georges, dank der taktvoll ausgleichenden Hand des neuen Führers Sir Herbert Samuel still geworden. Um so stärker treten die Gegensätze in den beiden anderen Parteien in den Vordergrund. Während des Jahres um den Frieden mit Rußland konnte man konservative Kabinettsmitglieder, wie Churchill und Birkenhead, in offener Rebellion gegen ihren eigenen Parteiführer Baldwin sehen; in den letzten Stadien des Kohlenstreikes, bei der Vorbereitung des Gewerkschaftsgesetzes und in den häufigen Krisen der China-Politik zeigte sich die Kluft zwischen „Tory-Demokraten“ und „Diehards“ in voller Deutlichkeit. Zwischen den waffenrasenden Reden Birkenheads und den zurückhaltend-toleranten Erklärungen Baldwins oder Chamberlains gibt es keine Verbindung mehr. Die außerordentlich angewachsene Macht der wirtschaftlichen Gruppen, die hinter den Diehards stehen, hat diese Hochkonservativen mehr als je in ein hart reaktionäres Fahrwasser getrieben; andererseits neigen die „gemäßigten“ Kreise der Partei, die von Millionen Stimmen dieser Entwicklung ist ein Buch, das vier jüngere konservative Abgeordnete dieser Tage unter dem Titel „Industrie und Staat“ veröffentlicht haben. Die Schrift ist in weiten Kreisen der konservativen Partei und Presse mit großem Beifall aufgenommen worden; das ist recht bemerkenswert, denn das Programm, das die Verfasser entwickeln, unterscheidet sich beinahe überhaupt nicht von den politischen Grundgedanken der Labour-Partei! Mit wachsendem Ehrtrauen liest man: das Eingreifen des Staates in die Wirtschaft wird nicht nur gerechtfertigt, sondern nachdrücklich gefordert; zu den dringenden Aufgaben des Staates gehören: Kontrolle des Kreditwesens, Stabilisierung der Preise wichtiger Güter, Verbilligung der Produktion durch — Überwachung und Kontrolle der Trusts und Kartelle; Monopolisierung der Getreideimporte, „Produktion für den Bedarf, nicht für den Profit.“ Die Arbeitnehmer müssen Bestanteil an der Industrie und vollberechtigte Vertretung in den Aufsichtsräten bekommen; der Staat soll die Durchführung dieser Forderungen gesetzlich erzwingen, ebenso wie die Schaffung gemischter Wirtschaftsräte mit weitgehenden wirtschaftspolitischen Vollmachten. „Protestionismus“ dagegen — das alte Banner der Konservativen! — wird als nutzlos und verächtlich bezeichnet.

Was diese fortschrittlichen Konservativen noch von den Sozialisten der Gruppe Macdonald-Snowden trennt, ist, nach ihren politischen Idealen gemessen, zweifellos viel geringer als ihr Abstand zu den Reaktionären ihrer eigenen Partei, etwa zu Lord Birkenhead oder Lord Eamson. Während die Extremen sich radikalieren, neigen die „Gemäßigten“ von links und rechts sich der Mitte zu. Auch zwischen Macdonald und dem linken Flügel der Labour-Partei liest eine viel tiefere Kluft als etwa zwischen Macdonald und Baldwin. Gerade in diesen Tagen gab es wieder einmal ein Beispiel dafür, wie weit die offizielle Richtung der Arbeiterpartei sich den liberalen Ideen angepaßt hat, und ein anderes Beispiel dafür, daß der linke, sozialistische Flügel der Partei den Kampf gegen die eigenen Führer mit neuer Kraft aufgenommen hat.

Der ehemalige Finanzminister Phillip Snowden, einer der klügsten Köpfe der Labourpartei, hielt jüngst in Derby eine große Programmrede, in der man vergebens nach „sozialistischen“ Ideen finden würde. Der Klassenkampf, sagte Snowden, ist eine Theorie vergangener Zeiten; es gelte jetzt, innerhalb der gegebenen Wirtschaftsverhältnisse bessere Bedingungen für die bisher noch benachteiligte Arbeiterklasse zu erreichen. Die Mittel dazu seien positive Mitarbeit an der Neuordnung der Produktion und die Erhaltung des industriellen Friedens. Der Streik sei ein überwundenes Kampfmittel, da es sich gezeigt habe, daß er immer mehr löse als einbringe. Der Sozialismus könne nicht durch einschneidende Veränderungen kommen, sondern durch langsame Verwirklichung des Wirtschaftssystems, in dem die Arbeitnehmer ihren gerechten Anteil an der Verwaltung und den Besitz erlangen müßten. (Verleide die obigen konservativen Forderungen!)

Gegenüber solchen Ideen müssen die politischen Ideale der „Radikalen“ als dunkelroter Kommunismus erscheinen. In Wirklichkeit entsprechen die Ansichten des linken Flügels der Labourpartei etwa denen der deutschen Linksozialisten, keinesfalls aber denen der Kommunisten; und vieles, was in Sozialen geschrieben wird, würden die englischen „Radikalen“ mit Schrecken von sich weisen. Es ist notwendig, das zu bedenken, wenn man die neue Gruppierung auf dieser Seite

der englischen Parteipolitik verfolgt, die dieser Tage ihren Anfang genommen hat. Der bekannte Sozialist Wheatley hat seinen Sitz auf der „Borderbank“ der Partei, auf den er als ehemaliger Minister Anspruch hätte, aufgegeben und sich zu den „Liberals“ auf den hinteren Parlamentssäulen begeben, die das Zentrum des linken Flügels bilden. Dieser Vorgang wird allgemein so aufgefaßt, daß Wheatley den offiziellen Führern der Partei den Kampf angelegt hat und sich mit MacDonald um den ersten Führerposten schlägt. Wheatley ist in der Tat der einzige Mann der extremen Linken, der durch seine Vorkämpfer als ebenbürtiger Gegner MacDonalds in Betracht kommt; er ist klug, gewandt, energisch und außerordentlich redselig. Sein scharfer, rücksichtsloser Verstand wird in den Reihen seiner Partei ebenso geschätzt wie gehaßt, aber gleichzeitig als unentbehrlich betrachtet. Er ist ein Sozialist reinen Wassers, also ein seltenes Gewächs in England; Klassenkampf und revolutionäre Kampfmethoden sind für ihn so selbstverständlich, wie sie für Snowden „überwunden“ sind. Die gemäßigte Gruppe verfügt heute über beinahe alle wichtigen Parteiposten und die überwältigende Mehrheit der Anhänger, so daß in naher Zukunft keinerlei Aussicht für einen Sieg Wheatleys über MacDonald besteht. Aber der Bruch in der Partei wird nun, da der linke Flügel ein Oberhaupt hat, schnell sichtbar werden. Die politische Krise, der längst erwartete große Krach in der größten Oppositionspartei rückt näher und wird ohne Zweifel für die gesamte Gruppierung der englischen Politik umwälzende Wirkungen haben.

Ausschuß für die besetzten Gebiete Entschädigung der pfälzischen Sägewerksbesitzer

Der Ausschuss für die besetzten Gebiete behandelte heute Dienstag nach Ausföhrungen des Vorsitzenden, Abg. Dr. Baderdorfer (Bsp.), die Not der Sägewerksbesitzer der Pfalz. Es befinden sich ungefähr 100 Sägewerke in der Pfalz, die einen Kapitalwert von etwa 8 Millionen darstellen. Der Vertreter der bayerischen Regierung führte dazu aus, daß die pfälzischen Sägewerksbesitzer ihr Kapital verloren haben. Baderdorfer befragte die Schäden zahlenmäßig zu ermitteln. Dies sei jedoch unmöglich. Bayern habe sich dabei entschlossen, einen Pauschalvorschlag zu machen. Dementsprechend sollen 800 000 Mark als verlorener Zuschuß und 1 Million Mark als langfristige Kredite gewährt werden.

Ein Vertreter des Rheinministeriums teilte mit, daß fast alle Entschädigungsanträge erledigt sind, die im Zusammenhang mit der Ausfuhrung festgesetzt wurden. Es wurden etwa 200 000 Mark hierfür verwendet. Abg. Hofmann-Ludwig (Bsp.) beantragte die Erhöhung des Zuschußbetrages auf 1 Million. Diesen Antrag unterstützten die Abg. Kaufzig und Dr. Japs (Bsp.). Der Antrag fand Annahme.

Staatssekretär Schmid vom Rheinministerium kündigte Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium und der bayerischen Staatsregierung darüber an. Sodann wandte sich der Ausschuss den durch Holzparationen Geschädigten zu, die vor einiger Zeit eine Denkschrift vorgelegt hatten. Abg. Adams (Bsp.) beantragt einen Betrag von 4 500 000 Mark. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums kündigte den Ausführungen grundsätzlich zu. Der Ausschuss beschloß dementsprechend. Ferner wurde eine Reihe von Petitionen erledigt.

Wünsche der Saarwirtschaft

Anlässlich einer Aussprache, die in der Vorhandlung des Vereins zur Bahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Saarländer stattfand, wurde vom Vorstand ein weiterer Ausbau der Kohlenpreise als unabänderliche Voraussetzung für die Behebung der augenblicklichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten bezeichnet. Mit Bedauern nahm die Versammlung davon Kenntnis, daß mit der Erstellung der vorläufigen direkten Gütertarife zwischen der Reichsbahn und Saarbahn kaum vor Ende des Monats gerechnet werden kann. Die in dem am 31. März unterzeichneten Zusatzabkommen zu dem deutsch-französischen Handelsprovisorium und den beiden Saarabkommen erreichte Erleichterung wurde vom Vorstand als überaus dürftig bezeichnet und dem Wunsch Ausdruck gegeben, die unüberwindlich gebliebenen Wünsche des Saarlandes durch Nachtragsnotenwechsel zu regeln. Da man der Ansicht ist, daß die Belastung der deutsch-französischen Samstagsverhandlungen durch die Saarländerfrage sich wesentlich zum Nachteil des Saarlandes auswirken wird, die Rückkehr zu dem Verfahren der gesonderten Saarverhandlungen für notwendig gehalten. Es soll daher mit allem Nachdruck die Einsetzung einer deutsch-französischen Untersuchungskommission, die sich ausschließlich der endgültigen Regelung der Saarfrage widmet, erstrebt werden. Mit Bedauern wurde das weitere festgehalten, daß die Frage der Aufnahme des Luftverkehrs immer noch im Ungeklärten liegt, obwohl eine weitere Vergrößerung der Verkehrsaufnahme weder beabsichtigt noch beabsichtigt erscheint.

Am Wegrand der Politik

Die Hochzeit im Parlament — Politische Zylinderhüte — Gesangsverein Westminster

(Von unserem Londoner Vertreter)

Der Palast von Westminster, der Sitz des englischen Parlaments, ist auch der Ort des englischen Humors und eine Fundgrube für den Staatsbürger, der der Politik würde ist und sich bei der Erfüllung seiner Bürgerpflichten gleichzeitig zu unterhalten wünscht. In den ersten, „altmodischen“ Londoner Zeitungen, wie „Daily Telegraph“ oder „Times“, gibt es weit und breit nichts, was halbwegs so lustig wäre wie der tägliche Parlamentsbericht, — obwohl diese Blätter die alten Formen so streng wahren, daß sie jeden Absatz einer Rede mit der Einleitung beginnen: „Der ehrenwerte Gentleman fuhr fort.“ Es gibt wohl kein Parlament in Europa, dessen politische Arbeit von so viel Witz und menschlicher Komik begleitet ist, wie die der „Mutter der Parlamente.“ Ich will hier nur einige kleine Beispiele erzählen, die gerade in diesen Tagen das „Hausgespräch“ in Westminster bilden.

Zwischen den Abgeordneten des Unterhauses und den kirchlichen Behörden ist ein heißer Streit entbrannt. Es ist der Herzenswunsch vieler Volkvertreter, in dem Hause ihres Ruhms nicht nur zu arbeiten, zu essen und vielleicht — manchmal — zu schlafen, sondern auch zu heiraten. Dazu bietet die in den unteren Gewölben des Palastes gelegene St. Stephens-Kapelle eine vorzügliche Gelegenheit. Immer wieder wurde der Erzbischof von Canterbury mit Witten beehrt, Trauungen oder Taufen in der Kapelle zu gestatten; aber er blieb in den meisten Fällen unerbittlich. Jetzt ist es dem Abgeordneten Brodiebank gelungen, auf langen Instanzenwegen an dem wohlwollen Kirchenfürst vorbeizuschlüpfen. Er verlangte eine amtliche Untersuchung der gesetzlichen Lage der Kapelle, und die Kirchenscheidungen des Lord-Kanzlers fanden heraus, daß die Kirchenscheidungen seit irgendeinem grauen Datum das Verfassungsrecht über die Kapelle verloren hätten. Triumphierend gab der Innenminister bekannt, daß St. Stephens das „Privateigentum des Westminster-Palastes“ sei; die Vertreter der Nation werden also hinfort von der Abgeordnetenbank zum Altare schreiten können, ohne das Hohe Haus zu verlassen. Mr. Brodiebank wird demnächst den Antrag machen.

In den Statuten des Unterhauses wird es als Pflicht der Abgeordneten bezeichnet, den Sitzungssaal „bedeckt“ zu betreten.

Frankreich zum Abrüstungsproblem

Y Paris, 5. April. (Von unserem Pariser Vertreter.) Der Text einer an den Präsidenten Coolidge gerichteten Antwortnote Frankreichs wird in der Morgenpresse dahin präzisiert, daß es sich um eine vorläufige Stellungnahme des französischen Kabinetts handelt. Es sei notwendig, die gegenwärtig schwebenden Genfer Entwaffnungsverhandlungen unachtert zu lassen. Wenn Frankreich auch für den Augenblick den Antrag des Präsidenten Coolidge hat ablehnen müssen, so behält es sich doch vor, an einem späteren günstigeren Zeitpunkt darauf zurückzukommen. Die französische Regierung habe das Empfinden, daß jetzt eine lokale Lösung des Entwaffnungsproblems zustandegebracht werden müsse. Deshalb könne die Anwesenheit der Vereinigten Staaten, eine Seeabrüstungskonferenz in Genf abzuhalten, praktisch nicht verwirklicht werden. Der „Matin“ meint, daß die französische Regierung noch im Laufe dieses Jahres auf den Vorschlag des Präsidenten Coolidge zurückkommen werde.

China und die Mächte

London, 5. April. (Von unserem Londoner Vertreter.) Während die Rote der Vereinigten Staaten an die Kontonregierung, einer Meldung der „Times“ zufolge, bereits dem amerikanischen Gesandten in Peking zur Weitergabe nach Hankau überandt worden ist, sind die entsprechenden Rote der englischen und japanischen Regierung noch nicht fertiggestellt. In politischen Kreisen wird erklärt, eine gemeinsame Rote der Mächte scheint zwar nicht zustande zu kommen, doch würden die drei Einzelnoten dem Inhalt nach ungefähr gleichlautend. Das trifft aber zuverlässigen Informationen nach lediglich bei den Forderungen, die wegen der Hankauer Vorfälle an die Kontonregierung gestellt werden, nicht aber auf die „Sanktionen“, die für den Fall der Abkündigung angeordnet bzw. durchgeführt werden sollen. Die Vereinigten Staaten sind militärischen Maßnahmen nach wie vor abgeneigt. Japans Haltung ist nach den schwereren Zusammenstößen in Hankau, die für Japan eine ganz neue Lage geschaffen haben, unbestimmt.

Französische Protestation in China

Y Paris, 5. April. (Von unserem Pariser Vertreter.) Der Außenminister hat den französischen Gesandten in Peking beauftragt, bei der Kontonregierung wegen der während der Unruhen in Hankau erfolgten Ermordung der beiden französischen Missionare zu protestieren und eine Entschädigung zu verlangen. Der französische Konsul in Schanghai ist ebenfalls aufgefordert worden, sich der Angelegenheit anzunehmen und beim Kommandanten der Kontontruppen eine ähnliche Demarche zu unternehmen.

Jules Sauerwein bei Tchang Tso Lin

Im „Matin“ veröffentlicht Jules Sauerwein, der in Peking angekommen ist, eine Unterredung, die ihm Tchang Tso Lin gewährt hat. Tchang Tso Lin drückte sich sehr zuversichtlich über die Aussichten seiner militärischen Aktion gegen die Kantonesen aus. Es liege ihm vor allem daran, die Kantonesen aus allen Gebieten nördlich des Jangtsekiang zu vertreiben. Unter der Bedingung, daß sie dann bereit seien, die Kommunisten aus China zu verdrängen, sei es zu einer Verständigung bereit. Sonst werde er bis zum äußersten kämpfen. Sein Kampf gegen die Kommunisten habe weltgeschichtliche Bedeutung. Wenn der Kommunismus in China siegte, würde er bald in ganz Asien und in der ganzen Welt Triumphe feiern. Es liege im Interesse der Westmächte, ihm zu helfen. Frankreich, Deutschland und Polen sollten sich verständigen, um den Bolschewismus in Europa auszurotten. In Asien werde er das schon selber befehlen.

Die rumänische Krise

Y Paris, 5. April. (Von unserem Pariser Vertreter.) Dem „Matin“ wird aus Bukarest berichtet, daß Bratiana, der Chef der Liberalen Partei und frühere Ministerpräsident, endgültig das Vertrauen und die Loyalität des Generals Averescu verloren habe. Bratiana warte jetzt nur noch den Ausgang der Erkrankung des Königs ab, um eine Regierung der nationalen Einigkeit zu bilden. Es liege in der Absicht Bratiansus, den in Bukarest weilenden rumänischen Gesandten Titulescu und den General Precan in das Ministerium aufzunehmen. Der Gegensatz zwischen Bratiana und Averescu dürste, wie der „Matin“-Vertreter in Bukarest zu wissen glaubt, noch zu sehr ernsten Weiterungen und politischen Verwicklungen führen.

Der Reichsbahn-Generaldirektor in Karlsruhe, Wie wir hören, wird in den nächsten Wochen Reichsbahn-Generaldirektor Dormmiller Karlsruhe einen Besuch abstatten, um mit den zuständigen Stellen Besprechungen über dringende Eisenbahnfragen und badische Wünsche zu führen.



Deutsche Volkspartei

Am Mittwoch, 6. April, abends 8 Uhr, findet in der Geschäftsstelle Ramestraße 17 ein
geselliges Zusammensein der Franzengruppe
 statt. Hierzu sind alle weiblichen Mitglieder freundlichst eingeladen.
 Der Frauenausschuß.

Der Blaueer Stresemannprozeß

Zu Beginn der heutigen Sitzung im Stresemann-Prozeß gab der Vorsitzende eine scharfe Erklärung gegen einen in der „Deutschen Zeitung“ erschienenen Artikel über den Blaueer Prozeß ab und legte Verwahrung gegen diese Art der Berichterstattung ein, die dem Gericht den Vorwurf der Parteilichkeit machte. Er drohte dem Berichterstatter des Blattes mit dem Ausschluss und behielt sich vor, Strafantrag wegen der in dem Artikel enthaltenen Beleidigungen zu stellen.

Eine lange Auseinandersetzung entspann sich über die Frage, ob die Beweisanträge der Verteidigung über angebliche Steuer- und Bilanzverfälscherungen Witwens abgewendet werden sollen. Schließlich wurde nochmals Oberregierungsrat Gabel vom Reichsverwaltungsgericht darüber vernommen wie er dazu gekommen ist, das Material von dem Jüngeren Kranz zu kaufen. Er verwahrte sich dagegen, gewischt zu haben, daß es sich um die Vorbereitung einer Aktion gegen Marx und Stresemann handelte. In diesem Zusammenhang wurde auch der Zeuge Kranz noch einmal verhört.

Berlin, 5. April. (Von unserem Berliner Büro.) In der Behauptung eines Berliner Blattes, die Geschäftsstelle der Deutschen Volkspartei habe feinerzeit belastendes Material gegen Dr. Stresemann von einem Herrn Kranz erworben und in der Affäre Witwin gegen ihn verwendet, erklärt jetzt der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Volkspartei, daß von Herrn Kranz ihm kein Material gegen Dr. Stresemann oder eine führende Persönlichkeit einer anderen Partei, ausschließlich der Sozialdemokratie, angeboten worden sei und ferner, daß das von ihm erworbene Material auch nichts gegen Stresemann enthalten habe.

Die Affaire Delius

Berlin, 5. April. (Von unserem Berliner Büro.) Ueber das Schicksal des i. N. wegen angeblicher Beleidigung Russlands und Verächtlichmachung des Sozialismus verurteilten Journalisten Delius, liegt im Auswärtigen Amt diebstaltig die Meldung vor, daß Delius gestern nachmittag entlassen worden ist. Die italienische Regierung hat mitsch die Untersuchungsakten auf die Strafe angedreht. Wie verlautet, schwebt gegen Delius aber außerdem noch ein Verfahren wegen Spionage. Ueber den Stand dieses Verfahrens ist an hiesigen zuständigen Stellen nichts Näheres bekannt.

Letzte Meldungen

General v. Brisbergs Beisehung

Berlin, 5. April. (Von unserem Berliner Büro.) Reichspräsident v. Hindenburg beabsichtigt an der Trauerfeier für Generalmajor v. Brisberg heute nachmittag teilzunehmen. Da mit einer starken Beteiligung gerechnet werden dürfte, wird die Polizei umfassende Vorbereitungen für Aufrechterhaltung der Ordnung treffen. Als Vertreter des Reichswehrministeriums wird Dr. Gieseler an der Beisehung teilnehmen.

Altenunterbringung

Berlin, 5. April. Vor einigen Tagen ist ein Sekretär des Amtsgerichts Charlottenburg verhaftet worden, da er sich der Altenunterbringung schuldig gemacht hat. Der Sekretär namens Müller wird beschuldigt, gegen ein Honorar von 500 Mark einer mit Gefängnis verurteilten Privatperson Strafbefehle ausgestellt zu haben. Man hatte ihm eine Stelle gestellt, sobald er bei der Auslieferung der Akten verhaftet werden konnte.

Unterhandlungen zum endgültigen deutsch-französischen Handelsvertrag

Paris, 5. April. Es wird mitgeteilt, daß heute die Unterhandlungen zum Abschluss eines endgültigen Handelsvertrages zwischen Deutschland und Frankreich aufgenommen werden.

Reihe oppositioneller Abgeordneter, die bei feierlichen Anlässen den Zylinderhut O'Connors getragen haben; diese Leute erzählen sogar von einer Gelegenheit, bei der einem Gewerkschaftsführer während einer bewegten Ansprache der zu große vertrauensvoll aufgebaut hatte.

„Dieser Zylinderhut“, erklärte mir mein Gewährsmann, „ist der tiefere Grund, weshalb die Beziehungen zwischen Liberalen und Labour nicht wirklich schlecht werden können; O'Connors hat verdrängt eine klüßelnde Koalition. Denn was sollten die Labour-Leute ohne diesen Hut anfangen?“

Einige Abgeordnete der Linken haben kürzlich beschlossen, einen Gesangsverein zu gründen. Der Beschluss sprach sich mit Windeseile herum, und nachdem im Labour-Klub die erste Vorsprache stattgefunden hatte, erhielten die parlamentarischen Sänger ein Angebot von einem Kabarettbesitzer, für das ansehnliche Honorar von 2000 £ wöchentlich in seinem Lokal aufzutreten. Im Unterhause wurde den Mitgliedern des Vereins eifrig zuerufen, das Angebot anzunehmen; man weiß nie, wie lange man Abgeordneter bleibt, und eine Anstellung ist doch „was Sicheres“. Nach einiger Ueberlegung beschloß jedoch der „Gesangsverein Westminster“, den Vorschlag des Kabarettisten mit Bedauern abzulehnen. Wir glauben, hieß es, daß die Abgeordneten von ihren parlamentarischen Pflichten zu sehr in Anspruch genommen werden, um sich zur pünktlichen Erfüllung eines Engagements verpflichten zu können. Immerhin haben sich die Sänger bereit erklärt, gelegent ein öffentliches Konzert zu geben. Bei dem Interesse, das die neue Gründung in der Öffentlichkeit erweckt hat, darf man eines vollkommenen Erfolges sicher sein.

Römersunde in Wien. Bei Erarbeiten der Straßenbahn trah man am Rudolphplatz inmitten der Stadt auf historisch wichtige Funde aus der Römerzeit. Aufeinander wurde eine Schuttschicht aus dem ersten Jahrhundert nach Christi angelegt, die sich zwischen drei oder vier Meter hinzieht und ungeheure Mengen von Resten römischer Tongefäße enthält. Da die Funde, orange-rot gefirnisste Becher und Krüge, die zum Teil mit reißenden Ranken und Schuppen in Tonwappem verziert sind, sowie zwei kleine Tellerränder die Spuren großer Döse an sich tragen und auch Abdruckmaterial älter, unbrauchbar gewordenen Töpferlöfen gefunden wurden, so dürfte der Fund mit ziemlicher Sicherheit die Ueberreste einer römischen Töpferlei darstellen.

Städtische Nachrichten

Weitererhebung der Gemeinde-Biersteuer

Nach § 14 des Finanzausgleichsgesetzes vom 23. Juni 1923 durften die Gemeinden mit Genehmigung der Landesregierung Steuern auf den öffentlichen Verbrauch von Getränken nach dem Kleinhandelspreis oder nach der Menge des steuerbaren Getränkes erheben. Die Steuer nach dem Kleinhandelspreis durfte beim Wein und ähnlichen Getränken sowie beim Bier 5 Proz., beim Schaumwein und Trinkbranntwein 15 Proz. des Preises nicht übersteigen. Für den Stadtbezirk Mannheim wurde eine Steuererhebung dieses Inhalts — mit den Höchstätzen von 5 bzw. 15 Proz. des Kleinhandelspreises — durch Beschluß des Stadtrats vom 9. August 1923 und 11. Januar 1924, mit Zustimmung des Bürgerausschusses vom 15. Dezember 1923 und Staatsgenehmigung durch Ministerialerlaß vom 20. August 1923 erlassen. Der Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Uebergangsregelung des Finanzausgleichs vom 18. Dezember 1926 wollte im Zusammenhang mit der vorgeschlagenen Hinausschiebung der Einführung des Zuglagesrechts für Länder und Gemeinden zur Einkommen- und Körperschaftsteuer und der Verlängerung der Reichsgarantie für einen bestimmten Mindestbetrag der Ueberweisungssteuern um ein Jahr auch den Zeitpunkt für den Beginn der Getränkesteuer um die gleiche Dauer hinauszuschieben. Diese Absicht fand jedoch bei den Beratungen des Gesetzentwurfs im Steuerausschuß des Reichstags keine Mehrheit. Es wurden vielmehr Anträge der Regierungsparteien angenommen, § 15 des F.A.G. in der jetzt geltenden Fassung vom 27. April 1926 dahin zu fassen, daß die Gemeinden mit Genehmigung der Landesregierung Steuern nur noch auf den öffentlichen Verbrauch von Bier erheben dürfen und zwar vom Hersteller des Bieres oder dem, der Bier in die Gemeinde einführt, in Höhe von höchstens 7 Proz. des Herstellerpreises. Doch sollen Gemeinden, die am 31. März 1927 öffentliche Getränkesteuer auf Bier bereits erhoben haben, zur Forterhebung dieser Steuer nach den bisher geltenden Vorschriften bis zum 30. Juni 1927 berechtigt bleiben. Demgemäß hat der Stadtrat am 1. April 1927 beschlossen. Somit darf nach dem 31. März 1927 die Gemeindesteuer vom Wein, Schaumwein, gleichartigen Getränken sowie von Trinkbranntwein nicht mehr, vom Bier übergangsweise noch bis zum 30. Juni d. J. in bisheriger, von da in neu geregelter Weise erhoben werden.

Im Mannheimer Haushaltungsplan 1927 ist die Getränkesteuer auf a) Bier mit 700 500 M., b) Wein usw. mit 306 000 M., c) Schaumwein usw. mit 51 000 M., d) Branntwein mit 127 500 M., insgesamt 1 275 000 M., die gegenüberstehenden Ausgaben Erhebungskosten mit 74 000 M. und Rückvergütungen mit 15 000 M. eingestellt, so daß mit einem Reinkommen von 1 185 250 M. gerechnet werden konnte. Die Verringerung der Reichsvorschriften bringt die Steuer auf Wein, Schaumwein und Trinkbranntwein mit 306 000 + 51 000 + 127 500 M. in Bezug, sie mindert das Einkommen aus der Getränkesteuer von 700 500 M. auf schätzungsweise 515 000 M. Nach Abzug der Verwaltungskosten von 25 000 M., der Rückvergütungen und Abgänge von 7000 M. wird ein Reinertrag von 473 000 M. zu erwarten sein. Es entfällt also gegenüber den bisherigen Einnahmen des Haushaltungsplans ein Ausfall von 1 185 250 M. — 473 000 M. = 712 250 M. Die Umwandlung der Getränkesteuer letzterigen Rechts in die neue Biersteuer schon vom 1. April 1927 ab würde das Steuereinkommen des Rechnungsjahres um weitere 70 000 M. mindern. Der Stadtrat hat am 18. März 1927 — noch bevor die erst seitdem im Steuerausschuß des Reichstags beschlossene Aufhebung einer Fortdauer der Biersteuer bekannt war, — an Reichstag und Reichsregierung die mitgeteilte Vorkehrung gerichtet. In gleichem Sinne sind fast alle deutschen Städte und Gemeindeverbände bei den gesetzgebenden Faktoren gegen die Einschränkung oder gar völlige Beseitigung der Getränkesteuer vorgegangen. Die Vorstellungen hatten nur insofern einen Erfolg, als die Fortdauer der in einer Gemeinde am 31. März 1927 bestehenden öffentlichen Getränkesteuer vom Bier bis 30. Juni 1927 verlängert worden ist. So unerfreulich es ist, das Bier einer öffentlichen Verbrauchsabgabe zu unterstellen, wenn Wein, Sekt, Äpfel freibleiben müssen, so zwingt die Finanzlage doch, zunächst von der genannten Uebergangsbestimmung Gebrauch zu machen. Dem Bürgerausschuß liegt deshalb für seine nächste Sitzung am Freitag der Antrag vor, die Getränkesteuer auf den öffentlichen Verbrauch von Bier bis zum 30. Juni 1927 weiterzuerheben. Die Beschlußfassung über die Beibehaltung der Biersteuer in der künftigen Höhe von 7 Proz. des Herstellerpreises soll in zeitlichem und sachlichem Zusammenhang mit der Feststellung des Haushaltungsplans 1927 herbeigeführt werden.

*** Nervenfall.** In einem Hause der Mollstraße erlitt gestern vormittag ein 17 Jahre alter Kaufmannslehrling einen Nervenfall. Das herbeigerufene Sanitätsamt brachte nicht bewußt zu werden, da der junge Mann sich bald wieder erholt und seinen Weg allein fortsetzen konnte.

Theater und Musik

© Vom Kölner städtischen Schauspielhaus. Auch hier war die Uraufführung von Johans Schauspiel „Thomas Painé“. Es erregt von vornherein gewagt, ein Publikum von heute mit den Schicksalen eines längst vergessenen revolutionären Publizisten einer weit zurückliegenden Zeit zu beschäftigen, die Jahre 1774 bis 1802 in Geschichte und Schilderungen wahrzunehmen, deren Appell an das Empfinden von 1927 nicht gerade sehr aussichtsreich ist. In Pennsylvanien als Journalist durch sein Pamphlet „Der gesunde Menschenverstand“ Aufsehen erregend, gefolgt von Thomas Painé zu George Washington, dem General der Jungengenenarmee, der für ein freies Amerika gegen Englands Kolonialtruppen zu Felde zog. In geschichtlich getreuer Entwicklung der Einzelmomente betont Johs das Niederwergen der englischen Herrschaft, den Frieden und die Unabhängigkeitserklärung Amerikas. Sobald letztere erfolgt ist, schifft sich Painé, um für die republikanische Heimat Freunde und Geld zu gewinnen, nach Frankreich ein, wo er die Revolution erlebt und auslebt, wie Ludwig XVI. herbeigeschleppt und seiner Würden verlustig erklärt wird. Daß man ihn aber zum Tode verurteilt, verkehrt der Amerikaner nicht, und er verlangt, man solle, nachdem man dem König Krone und Szepter genommen, in ihm den Menschen achten und ihn lediglich verbannen. Das aber verstehen wiederum die Franzosen dieses Tribunals nicht, sie nennen Painé einen Royalisten und werfen ihn mit dem König in den Kerker, in dem uns ein weiteres Bild die beiden zeigt. Der Vorfall ist nicht gar viele Gewerkschaften, als Trabanten mit dem Henker erscheinen und den König zur Guillotine schleppen. Painé jedoch wurde sein Prophetentum der freien Menschlichkeit zu belohnen, daß man ihn 17 Jahre lang im Kerker schmachten ließ; dann gewahren wir, daß der Schließer eintritt, ihm die Ketten abnimmt und ihn frei erklärt — „aus Gnade“. Painé ist aber während der langen Zeit ein alter Mann geworden, den nur noch die Sehnsucht nach der Heimat aufrecht erhält. Mit Mühe beredet er einen Schiffer, ihn nach Amerika mitzunehmen. Und dann endlich erdringt das letzte der neun Bilder, nachdem deren acht lediglich Szenen des amerikanischen Freiheitskampfes und der französischen Revolution veranschaulicht haben, ein Stückchen wirklicher Tragik dramatischen Gepräges: Da Painé in der Heimat landet, muß er die Erfahrungen machen, daß sein Reich ihn aber auch nur seinen Namen kennen will, Washington und die anderen Führer von damals sind tot und sogar ein Freund aus der jungen Sturm-

Bevölkerungsbewegung

Nach der Vierteljahrsübersicht des städtischen Statistischen Amtes ist die Gesamtzahl der Lebendgeborenen mit 378 (gegen 352 i. V.) im Oktober, 341 (344) im November und 348 (358) im Dezember, zusammen also 1067 (1054) fast genau gleich groß gewesen wie im letzten Vierteljahr von 1925; der Anteil der unehelich Geborenen an dieser Gesamtzahl hat im Oktober und November den letztjährigen nicht erreicht, ihn dagegen im Dezember wieder überschritten. Die Zahl der Eheschließungen war mit 649 (617) nicht unbedeutend höher als 1925 und zwar haben besonders die Eheschließungen zwischen bis dahin ledigen Personen zugenommen, deren Anteil an der Gesamtzahl von 80,1 auf 82,4 Prozent gestiegen ist. Die Zahl der Sterbefälle lag mit 171 bzw. 193 und 240 (188 bzw. 208 und 260) in jedem einzelnen Monat kleiner gewesen als zur gleichen Zeit des Vorjahres, wenn auch die vorjährige Dezembersteigerung sich 1926 im gleichen Ausmaß wiederholt hat. Fast genau die Hälfte der eingetragenen Verminderungen um 41 Sterbefälle kommt auf Rechnung der Abnahme der Säuglingssterbefälle von 123 auf 100. Vorangreifend mag hier bemerkt sein, daß die Säuglingssterblichkeit auch im ganzen Jahr 1926 erfreulicherweise wieder, wie seit einer Reihe von Jahren, einen Rückgang erfahren hat und jetzt auf unter 9 Prozent gesunken ist. Die Tuberkulose forderte 36 (33) Opfer, der Krebs 63 (67), Lungenerkrankung und Influenza 49 (46). Die Verschreibungen sind also bei diesen wichtigsten Todesursachen nur geringfügig gewesen.

Die Wanderbewegung, deren statistische Erfassung immer noch recht viel zu wünschen übrig läßt, hat im Oktober sich im Zug- und Wegzug genau ausgeglichen, während der November und der Dezember ein starkes Ueberwiegen des Zugzugs, der Dezember, gleichfalls wie 1925, ein solches des Wegzugs brachte. Der Fremdenverkehr hat sich im Berichtsvierteljahr wie folgt gehalten: In Gasthöfen abgetragene Fremde: Oktober 10 330 (gegen 9380 i. V.), November 9019 (8502), Dezember 7333 (5835); in Herbergen übernachtete Gäste: Oktober 2719 (2968), November 2376 (2824), Dezember 1544 (2017), insgesamt 33371 (31 721). Im ganzen genommen ist also eine kleine Steigerung zu verzeichnen gewesen.

*** Frequenz der Aankhülle.** Nach dem Vierteljahrsbericht des städtischen Statistischen Amtes war die Aankhülle im Monat Oktober 1926 von 3024 Personen besucht, im November von 4350 und im Dezember von 2624 Personen. Das städtische wissenschaftliche Institut und das graphische Kabinett hatten folgende Frequenzen aufzuweisen: Oktober 484, November 507, Dezember 383. Die Vorträge des Freien Bundes wurden im Oktober von 7876, im November von 6056 und im Dezember von 4312 Personen besucht.

*** Die anormale Witterung im vierten Vierteljahr 1925** wird durch folgende Feststellungen des städtischen Statistischen Amtes beleuchtet: Ungewöhnlich spät, erst am 6. Dezember, hat der erste Frost eingelegt, während 1925 schon der November 15 Frosttage und die erste Dezemberhälfte eine scharfe Kälteperiode mit bis zu 13,7 Kältegraden gebracht hatte. Auf Jahresabschluss drehte sich das Verhältnis um; der 26. Dezember brachte eine Mindesttemperatur von 0,7 Gr. unter Null, während 1925 eine am 30. Dezember bis auf 17,1 Gr. ansteigende Frühlingwärme die Silberhochnungen der Stäbner wortwörtlich hatte zu Wasser werden lassen. Den monatlichen Durchschnittswerten ist von diesen krasen Unterschieden freilich nicht allzuviel anzu merken. Für den Oktober stimmen sie mit 6,7 (6,8) Gr. fast überein, der November hebt zwar mit 7,1 (3,3) Gr. in beiden Jahren deutlich voneinander ab, im Dezember dagegen gleichen sich die Abweichungen im Monatsdurchschnitt der Tagestemperatur von 1,12 (1,38) Gr. nahezu wieder aus. Der Regen in der ersten Hälfte 1925 mit einem Pegelstand von 73 cm daherfolgte, übertrifft diesmal die Jahresmenge mit dem schlaftrigen Pegelstand von 208 cm.

*** Lebensmüde.** Um sich aus bis jetzt noch unbekannter Ursache das Leben zu nehmen, sprang gestern Abend ein 40 Jahre alter Mann oberhalb der Friedrichsbrücke in den Neckar. Personen, die in der Nähe waren, zogen den Lebensmüden aus dem Wasser und ließen ihn mit dem Sanitätsauto nach dem Allgemeinen Krankenhaus verbringen.

*** Ein schwerer Unglücksfall,** der auf die leichtsinnige Raderei zurückzuführen ist, hat sich gestern nachmittag kurz nach 4 Uhr ereignet. Ein 13 Jahre alter Schüler wollte mit seinem Fahrrad von der Kronprinzenstraße auf den früheren Exerzierplatz fahren und kurz vor einem herannahenden Straßenbahnwagen die Gleise kreuzen. Er wurde von dem Motorwagen erfasst, umgeworfen und mehrere Meter weit geschleift. Dabei wurde dem Jungen der linke Unterarm abgefahren. Mit dem Sanitätsauto wurde er nach dem Krankenhaus verbracht, wofür auch Verletzungen am Kopf festgestellt wurden, so daß Lebensgefahr besteht.

*** Unfall beim Turnen.** In der Turnhalle der Mollstraße erlitt gestern Abend ein 23 Jahre alter Dreher beim Heben einen Rippenbruch, sodas er das Allgemeine Krankenhaus aufsuchen mußte.

und Dranzelt verleugnet ihn, indem er bei dem alten schwachen Manne des einstigen Paine Mund und Lachen nicht wiederfindet. In Verzweiflung stürzt sich der so bitter Enttäuschte ins Wasser, frohgemut aber lassen Glücklichere in diesem Augenblick seinen alten Sang erdönen: „Nichts wäre Amerika, wären wir Amerikaner nicht, wir, Kameraden, wir!“ — Es ist wirklich schwer herauszufinden, wo Johs sich in der langen Serie geräuschvoller und bunter Bilder den Kern eines Dramas denkt. Dann spielt das Geistige eine gar bescheidene Rolle in der Konzeption dieses Stüdes, das, von Phrasen widerhallend, uns schließlich nur wenig zu sagen weiß. So weit man Mühe hat, genauer zu prüfen, ist dem Verfasser eine recht sichere, mit den erforderlichen Schlaglichtern nicht sparenden Zeichnung der wesentlichen Momente nachzuführen. Intendant Modes hat dem Stücke eine in hohem Maße sorgfältige, das Detail fein ausprägende und gut bildhafte Inszenierung angedeihen lassen, und eine recht gute Darstellung mit Adols M a n z (Paine), Ernst G o d e (Washington), Delmut P l u n d (Greene) und Heinrich G o e c h (General Torny) an der Spitze trat mit aller Hingebung für die Chancen des kleinen F r a u e n r o l l e enthaltenden Schauspiel ein. Nach dem ersten Teile letzte der Weisfall nur zögernd ein, am Schlusse jedoch gefaltete er sich, nachdem ein paar Fischer bald verkurmt waren, weit lebhafter, so daß mit Modes und den anderen der Dichter, von dessen Anwesenheit das Publikum verständlich war, sich bedanken konnte. Es ist nicht zu leugnen, daß die Neuheit, für die hier eine ausgiebige Propaganda inszeniert wurde, im allgemeinen enttäuscht hat. Paul Miller.

© Intendantenwechsel in Eberfeld-Barmen. Der Intendant der Vereinigten Stadttheater Eberfeld-Barmen, Hennig, der seit zwei Jahren die städtischen Bühnen leitet, tritt mit Ablauf der Spielzeit von seinem Posten zurück, obgleich der Theaterausschuß die Verlängerung des Vertrags mit dem Intendanten beschlossen hat. Der Intendant hat erklärt, daß ihn zu diesem Schritt weder irgendwelche Differenzen mit der Verwaltung und dem Theaterausschuß, noch Schwierigkeiten des Theaterbetriebes veranlassen, sondern daß lediglich persönliche Gründe für seinen Entschluß maßgebend gewesen seien. Der Ausschuß hat daraufhin die Ausschreibung der Stelle beschlossen.

© Göttinger Handels-Festspiele. In Göttingen werden in der Zeit vom 22. bis 28. Juni Handels-Opern-Festspiele zur Aufführung gelangen. Zur Uraufführung ist vorerst die Oper „Kadamba“ in der Bearbeitung von Dr. Hens, Parustadt, und eine Aufführung der Oper „Gjio“. Die Ver-

Bereinsnachrichten

*** Der Tierärztverein Mannheim-Ludwigshafen** hielt dieser Tage im Ballhaus seine Hauptversammlung ab. Aus dem von dem 1. Vorsitzenden, Hauptlehrer V i n d e r erstatteten Tätigkeitsbericht konnte man ersehen, in welchem Umfang und mit welchem Erfolg der Verein den Tierärztliche pflegte. Mit Befriedigung wird jeder Besucher des Tierarzts feststellen, daß es unter der Leitung der Familie Z i m m e r m a n n einen guten Eindruck macht. Allgemeine Anerkennung fand die Beantragung eines Aufsehers für äußere Vorfälle, durch dessen Tätigkeit manche Mißstände abgestellt und Quälereien zur Anzeige gelangen konnten. — Der Geschäftsführer R. S. 12, Schriftführer L ö p p e und Kassiererin Frau Hauptlehrer D i e t e r l e wurde allerseits der wohlverdiente Dank für ihr wähevolles Walten ausgesprochen. Daß der Verein in der hiesigen Presse jederzeit verständnisvolles Entgegenkommen fand, wurde besonders betont und anerkannt. — Die rege Aussprache ließ erkennen, daß es Pflicht eines Jeden ist, den kranken Mitgeschöpfen auch ihr Recht in ihrem göttgewollten Dasein verschaffen zu helfen. Wollte recht viele Helfer dem einstimmig wiedergewählten Vorstand, der noch durch Zunahme von Fräulein W e n d l i n g und der Herren L a n d o r n und K u n z e erweitert wurde, in diesem Kampfe auch fernherzu zur Seite stehen.

*** Gartenbauverein Neckarau.** Die am Donnerstag Abend im großen „Eichbaumhalle“ abgehaltene außerordentliche Mitgliederversammlung hat in allen Teilen einen befriedigenden Verlauf genommen. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Vorsitzenden, dessen Worte vor allem dem Redner des Abends, Obbauinspektor M a r t i n aus Ludenburg, galten, ergriff der Redner das Wort, um über das Thema: „Moderne Bekämpfung der Obstbaum-schädlinge“ zu sprechen. In nahezu einer Stunde behandelte Redner die Entdeckung der Schädlinge und setzte an Hand von ungefähr 80, teils farbigen scharf ausgearbeiteten Lichtbildern die verschiedenen Arten der Raupen und Sammelkäfer, um sodann bezüglich der Bekämpfung praktische Hinweise und Anweisungen unter Benützung der jeweils zur Verfügung dienenden Mittel zu geben. Vor allem beleuchtete Redner die moderne Art der Bekämpfung und setzte auch entsprechende Geräte, mit Hilfe deren die Bekämpfung leicht und ohne allzu große Mühe wirksam vorgenommen werden kann. Zum Schlusse setzte Redner im Lichtbild noch eine „Leinwand-Motorvorleser“, die ihre Tätigkeit auch auf Gemarkungen Neckarums im Späthjahr aufnehmen soll. Herr Martin hat sodann noch um Schutz für die Singvögel, denen man da und dort Mißlichkeiten anbringen soll, da gerade in Bezug auf Vertilgung des Ungezieters die Vögel große Arbeit leisten, abzuwenden von der Fremde, die sie und durch ihr fleißiges Geschwiffere bereiten. Inspektor Martin hatte zwar eine kleine, aber dankbare Zuhörerschaft. Leider sollte seine interessanten Ausführungen, die der 1. Vorsitzende, Herr W a h l, mit besonderen Dankesworten bekräftigte. — Sodann genas man einer Ehrenpflicht, des verstorbenen 2. Vorsitzenden, Gärtner M a x F r e u n d, zu gedenken. Herr W a h l widmete dem Entschlafenen einen herzlichen Nachruf. Der Gartenbauverein beklagt den Verlust eines wirklichen Freundes, denn 40 Jahre hindurch stand er dem Verein mit Rat und Tat zur Seite. Noch auf dem Sterbebett erläuterte er dem Vorsitzenden von der Vergangenheit des Vereins. Die Verammlung erhob sich zum ehrenden Gedenken von den Teten. Als zweiten Vorsitzenden hat man nunmehr Gärtner F r a n z F r e u n d anstelle seines Vaters gewählt. — Eine kleine Blumenverkaufsbefehle die auf verlaufene Verammlung. G. M.

*** Ein Zusammenstoß zwischen Auto und Straßenbahn** erfolgte heute vormittag gegen 11 Uhr Ecke Otto-Beckstraße und Pektalosstraße. Durch ein Versehen der Autobremse war der Zusammenstoß so heftig, daß das Auto abgeschleppt werden mußte.

*** Ein Zusammenstoß zwischen Auto und Straßenbahn** erfolgte heute vormittag gegen 11 Uhr Ecke Otto-Beckstraße und Pektalosstraße. Durch ein Versehen der Autobremse war der Zusammenstoß so heftig, daß das Auto abgeschleppt werden mußte.

Auf zu froher Bergfahrt!

Im Frühling wird in den bayerischen Bergen das Vieh blumen- geschmückt auf die saftig grünen Trillen getrieben. So ist ein Blüten und Pflanzentreiben, ein Jauchzen und Singen. Von den Gauen ergeht sich das Vieh weidlich, lüftend Regen in unser Allgäu Berg, wundervolle Alpenmilch. Als „Bärenmark“ (10% Fettgehalt) und „Trillmark“ (8%) reinlich hergestellte Kondensmilch, ist sie überall in den einschlägigen Geschäften erhältlich, macht den Kindern die Waden rot, ist köstlicher Zusatz zu Kaffee, Tee und Kakao.

ALPURA A.-G.
Biessenhofen, bayer. Allgäu.
Vertreter: Hans Scharff, Mannheim
G 7, 20/21. Telefon 28210.

tung liegt in den Händen des Intendanten Dr. R i e d e r e n - G h a r d, Münster, und des Generalmusikdirektors S c h n i t z, Dornburg, Münster.

Herderbliches Liebespiel

Der englische Admiral Kerr hat soeben seine Erinnerungen veröffentlicht, die er „Land, Sea and Air“ betitelt. Er rühmt sich in seiner Vorrede, er habe es ängstlich vermieden, Skandalgeschichten aufzuführen, aber eine von ihm geschilderte Episode, die als „A love romance and a British disaster“ (ein Liebesroman und ein britisches Desaster) bezeichnet wird, ist eine peinliche Sache, die einem Skandal verleiht ähnlich sieht. Es handelt sich da um die englische Expedition gegen die Transvaalbauern im Jahre 1881, auf der eine sechshundert Mann starke englische Truppe unter dem Befehl des Generals Sir George Colson auf dem Majuba-Bügel in eine bedrängte Lage geriet, nachdem zweihundert Mann gefallen und verwundet waren.

In dieser kritischen Situation schickte Sir George ein dringendes Telegramm an die in den südamerikanischen Gewässern verweilende britische Eskader, die im Januar 1881 Montevideo, die Hauptstadt Uruguays, besuchte. Als das Telegramm eintraf, waren die Offiziere der Eskader Gäste auf einem Abendfest des britischen Gesandten. Ein Diener brachte die Depesche eilig dem Gesandten, aber dieser liest sie, ohne sie anzusehen, rasch in seine Rocktasche, denn er machte gerade einer reizenden Frau den Hof und wollte sich in seinem Nicht nicht stören lassen. Das Telegramm enthielt den Befehl an die Eskader, unverzüglich nach dem Kap der Guten Hoffnung abzugeben und tausend Mann samt Feldkanonen mitzubringen, damit sie sich mit dem Expeditionskorps Sir Georges vereinigen. Am frühen Morgen des nächsten Tages fuhr die Eskader von Montevideo weiter. Um dieselbe Zeit fand der Kammerdiener das Telegramm im Amtskleid seines Herrn. Es war jedoch zu spät. Als der Gesandte den Befehl an die Eskader weitergeben wollte, war diese schon fort und ein Nachschiffen der Depesche war damals nicht mehr möglich. Als der Befehl in der St. Simons-Bai, der nächsten Station der Eskader, am 18. Februar ankam, waren die Verhärtnungen bereits überflüssig geworden.

Zu bemerken das „cherchez la femme“ damals den Tod hundert Menschen und hatte einen weit blutigeren Arien als Folge, denn der zweite Burenkrieg wäre nicht ausgebrochen, wenn die Engländer schon 1881 siegreich gelitten wären.

Wfalz-Saarbrücker Hartstein-Industrie AG. Neustadt a. d. S.

Verlustabschluss

Trotz der ungünstigen finanziellen Lage und der Zurückhaltung der Verbraucher war der Beschäftigungsgrad der Werke im Berichtsjahr genügend. Richtiglich wirkte es sich aber wiederum aus, daß die Aufträge sich auf wenige kurze Perioden zusammendrängten, so daß zeitweise Arbeitsmangel herrschte, während die Gesellschaft in anderen Zeitaltern den Anforderungen nur mit Mühe gerecht werden konnte.

Der Ueberschuß ging von 607.041 auf 515.253 M zurück, Verwaltungskosten, Zinsen und Steuern erhöhten sich von 329.097 auf 396.509 M. Nach 263.814 (i. V. 223.177) M Abschreibungen ergibt sich nach Aufhebung von 1616 M Gewinnvortrag ein Verlust von 143.454 M (i. V. 46.022 M Gewinn, woraus 44.406 M Verlustvortrag zu deduzieren waren).

In der Bilanz erschienen Kreditoren mit 0,51 (i. V. 0,53) Mill., neben 75.000 (132.550) M Aktien, andererseits standen bei Debitoren 0,34 (0,25) Mill. M aus Wertpapieren, Kasse und Bankguthaben werden mit 0,075 (0,12) Mill., Materialvorräte mit 63.927 (61.705) M und Warenvorräte mit 71.070 (145.518) M ausgewiesen.

In der in Mannheim abgehaltenen o. G. S. in der ein Aktionär 8132 Stimmen vertrat, wurden ähnliche Anträge der Verwaltung einstimmig genehmigt. Ein weiterer Aktionär hatte seine 1000 Stück Aktien nicht rechtzeitig angemeldet und nahm ohne Stimmrecht teil. Er beantragte die Sonderabschreibungen und trat für eine Sanierung durch Zusammenlegung des K. A. von 2 auf 15 Mill. ein, damit man endlich zur Dividendenverteilung komme. Die schlechten Presse seien auf die Politik der die Aktienmehrheit besitzenden Basell AG. Einz zurückzuführen, die im Abgabebiet der Gesellschaft billiger liefere. Die Verwaltung erklärte, daß man von einer Zusammenlegung im Interesse der Aktionäre absehen und den Versuch machen wolle, im Laufe der Jahre durch die laufenden Gewinne eine Sanierung durchzuführen; die jetzigen Verhältnisse seien auf die frühere Verwaltung zurückzuführen, der der Aktionär nachhört habe. Ueber einige weitere Anfragen zur Bilanz gab sie Aufklärung, lehnte es dagegen ab, auf die Behauptungen wegen Eins einzugehen, die sie als unrichtig bezeichnete. Der in seiner Gesamtheit auscheidende Aufsichtsrat wurde einstimmig wiedergewählt.

Kapitalerhöhung der Deutschen Schiffspandbriefbank AG. in Berlin genehmigt. Die o. G. S. genehmigte die Abschlüsse für 1924, 1925 und 1926. Unter Aufhebung eines alten Beschlusses aus dem Jahre 1924 gab die Versammlung ihre Zustimmung, das bisher 50.000 M betragende Aktienkapital auf 1 Mill. M zu erhöhen. Der Ausgabeüberschuss der neuen Aktien, die ab 1. April 1927 dividendenberechtigt sind, beträgt 105 Prozent. Die neuen Aktien werden von einem Konfitorium unter Führung der Deutschen Aufbau-AG. für Grundbesitz, Industrie und Schiffahrt in Berlin übernommen. In den Aufsichtsrat wurden neu hinzugewählt: Direktor P. B. Eder (Frankfurt a. M.), Kaufmann B. G. S. (den Haag, Holland), Konrad Dr. E. Dettmann (Berlin), Generaldirektor Adolf Watsche (Berlin), Justizrat Georg R. A. K. (Berlin), Generaldirektor Rich. Wiener. Im Zusammenhang mit dem bekannten Reichskredit, von dem die Bank zunächst 1 Mill. M verwaltet, beginnt sich das Schiffspandbriefgeschäft zu entwickeln.

50 Jahre Blohm u. Voß. Die weltberühmte Hamburger Werft Blohm u. Voß, aus der u. a. die Riesendampfer Vaterland und Hismarck und Dampfer Cap Polonia der Damburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft und eine Anzahl großer Panzerkreuzer der ehemaligen Marine hervorgingen, feiert am 5. April ihr 50jähriges Bestehen.

Bereinigte Aluminium-Werke AG. in Lauterwerk (Saar). Die Gesellschaft, an der bekanntlich die B. I. a. G. etwa 80 v. H. beteiligt ist, weist für das Geschäftsjahr 1926 einfaß 31.845 Mill. Vortrag Rohentnahmen von 8.494.045 (7.571.291) Mill. aus. Dampfungskosten und Zinsen erforderlich 1.742.163 (1.292.299) Mill. Nach Abschreibungen von 2.301.357 (2.407.146) Mill. verbleibt ein Reingewinn von 4.250.524 (3.931.845) Mill., aus dem eine Dividende von 8 (7,5) v. H. verteilt, 1.800.000 Mill. der Rücklage, 300.000 Mill. dem Arbeiter- und Beamtenunterschiedskonto und 250.524 Mill. vorzutragen werden sollen. Der Geschäftsgang sei während des ganzen Jahres normal gewesen. Eine um die Mitte des Jahres einsetzende Flaute habe durch verstärkten Absatz im letzten Quartal nahezu wettgemacht werden können. Die mit der Weltallbank, Frankfurt a. M., gemeinsam vertriebenen Edelaluminiumlegierungen, sowie die erzeugten Nebenprodukte fanden befriedigenden Absatz. Die Panzerturbinen, an denen die Gesellschaft beteiligt ist, seien weiter aufgeschossen worden, und besonders die in Ungarn gelegenen Bauortgruben hätten große Vorratmengen mit befriedigenden Gehalten ergeben. Das Ferro-Vanadinwerk habe seine technischen Leistungen wesentlich verbessern können. Die angegliederte Erzwelt AG. habe befriedigend gearbeitet, auch die erweiterte und verbesserte Elektrodenfabrik habe den auf sie gesetzten Hoffnungen entsprochen. Die Rheinische Blattmetall AG. sowie die Eisen- und Metallindustrie GmbH, Bonn, und die Rheinische Wesfälische Kupferwerke AG. D. I. B. hätten besonders stark unter der Unangunst der Verhältnisse gelitten und würden ertraglos bleiben. Die Eisen- und Metallindustrie G. m. b. H., Bonn, deren Namen in Lauterwerk-Werke AG. m. b. H. geändert wurde, sei zu einem Edelaluminium-Werke großen Stils ausgebaut worden. Der Absatz in diesen Edelmetallen habe sich in erfreulicher Weise gehoben. Auch die Rheinische Blattmetall AG. sei zurzeit voll beschäftigt. Die Absicht, die Herstellung von Tonen für die Erzeugung von Aluminium mit der Zell auf das billigere elektrothermische Verfahren überzuführen, habe es dringend erforderlich erscheinen lassen, der Sonderrücklage wiederum einen Betrag von 1.800.000 Mill. zuzuführen.

Berliner Holz-Kontor AG. Berlin. Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 1926 einschließlich 31.12.29 Mill. Vortrag Rohentnahmen von 746.505 (943.252) Mill., denen Unkosten von 407.600 (442.810) Mill. gegenüberstehen. Nach Abschreibungen von 75.688 (223.902) Mill. verbleibt ein Reingewinn von 263.258 (276.540) Mill., aus dem eine Dividende von 5 (5) v. H. verteilt werden soll.

Sportliche Rundschau

Ruderport

Frühjahrs-Ausfahrt auf dem Rhein. Der Mannheimer Ruderclub, dessen Mannschaften während des Winters in eifriger nebensportlicher Betätigung — Vassenschwimmen, Skilaut, Handball — Körperpflege getrieben, hat am vergangenen Sonntag nachmittags die Eröffnung der Rudersaison mit einer wohlgeleiteten Ausfahrt auf dem Rhein begangen. Trotz des nachhaltigen Wetters konnten 60 Mann auf Wasser gebracht werden (Ruder, 6 Vierer und 1 Zweier). Manchen der noch in Winterkleidung geküllten Strandwanderer mag es beim Anblick der nachbeinahten Wasserratten geschüttelt haben, wer aber die körperkühlende und abhärtende Wirkung des Ruderns aus eigener Erfahrung kennt, wer weiß, wie warm es dem Ruderer dabei wird, den locke die Luft, hier mitan. Es muß nur immer wieder bedauert werden, daß der Ruderport in Mannheim immer noch nicht die Ausdehnung gefunden hat, die er dank seiner physischen und ethischen Werte verdient, daß die Zahl derer, die billigeren Vorbeeren nachjagen, immer noch im Juchzen beiriffen ist. Dem es in erster Linie darauf ankommt, seiner Gesundheit zu dienen, Herz und Lunge zu kräftigen und dabei die Schönheiten der Natur kennen zu lernen und unbehindert genießen zu können, der wird auf den staubfreien Wasserratten unserer ausgebeuteten heimischen Gewässer stets das Richtige finden.

Motorradport

Die erste deutsche Steilbergprüfung für Motorräder Eifelmann-Weisbaden (Ariel) fährt die beste Zeit.

Am Sonntag veranstaltete der Frankfurter Motorradclub die erste deutsche Steilbergprüfung für Motorräder. Die Strecke war nur etwa 120 Meter lang, führte aber einen 60 Prozent steil ansteigenden Höhenhang hinauf zum Vogelsberg bei Frankfurt-Seebach. Gräben, Wassergräben und Böschungen waren zu überwinden, ehe es auf der sumpfigen Weide, die man mit Sägemehl bekräftigt hatte, an die Hauptsteigung ging, welche einigen Fahrern zum Verhängnis wurde und durch das Training eine „Schmidmühle“ geworden war. Der N. S. Germania-Seebach hatte die Strecke mit Föhnen markiert und Bäume mit dicken Postern bekleidet, um abströmende Fahrer vor Schäden am Körper zu bewahren. Trotz des nassen Wetters hatten sich tausende Zuschauer eingefunden, die den atemberaubenden Leistungen der Fahrer mit größtem Interesse folgten. Die Leistungen aller Fahrer waren gut, fast gleichwertig. Aber nur vier von ihnen konnten vorwärtsmäßig zweimal die Strecke meistern, zum drittenmale erst glückte es Bind an Guldner. Nachlich erging es Schwarz auf Ariel, der zum erstenmale an der Hauptsteigung umkehrte mußte, beim zweitenmale jedoch mit Mühe und Not die Höhe gewann, nachdem seine Maschine mit dem Kurbschleudende Erde ausgeschoben hatte. Eifelmann-Weisbaden auf 500 ccm Ariel fuhr am ruhigsten und gewann mit der absolut besten Zeit, in dem er einmal 15,5 und einmal 14,9 Sekunden benötigte — 30,4 Sekunden. Das tolle Stück erlaubte sich Kampf auf N. S. E. 350 ccm. Er benötigte den ersten Gang als Sprungbreit und flog etwa einen halben Meter hoch durch die Luft, um dann zu landen und ausfalllos weiter zu fahren. Nur 0,2 Sek. kam er in der Gesamtwertung hinter Eifelmann ein. Seine Zeiten waren 15,1 und 15,5 = 30,6 Sek. also relativ noch besser, wie die Eifelmanns. Vollmer auf Ernst-Blag war zu Anfang der Strecke zu vorstellig, wodurch er jedesmal 2 Sek. verlor. Trotzdem gelang es ihm in der Gesamtzeit von 34 Sek. seiner Aufgabe Herr zu werden. Auch er führte einmal einen sogenannten „Schliffsprung“ aus. Der Offenburger Bach benutzte eine Gilet-Zweitaktmaschine von 330 ccm und nahm die Höhe in genau 2 mal 20 = 40 Sek. Somit kam kein Fahrer über die Strecke.

Wintersport

Nochmals Meister-Stispringen auf dem Feldberg im Schwarzwald

Die fortgesetzt noch sehr günstigen Schnee- und Stisportverhältnisse im Hochschwarzwald, wo seit mehr als einer Woche reiche Schneefälle bei Temperaturen von vier Grad unter Null die Schneedecke auf Feldberg wieder bis auf 100 Zentimeter, einer jahreszeitlich ungewöhnlichen Höhe, haben anwachsen lassen, ermdächsten nach dem großen sportlichen Ereignis der Internationalen Stispringen des Ski-Clubs Schwarzwald nochmals weitere bemerkenswerte Konkurrenz, an denen auch die noch auf dem Feldbergkopf weilenden Meisterstispringer Walter G. I. a. Klingenthal, der Inhaber der diesjährigen schweizerischen und österreichischen Meisterschaft, und Gustav Müller-Bayrischzell, der diesjährige deutsche Meister, teilnahmen. Beranthatet wurden die Rennen vom Schwimmsportverein Freiburg, der dem Ski-Club Schwarzwald angehört. Die Wetterverhältnisse waren bei Pulverschnee für sportliche Leistungen ausgezeichnet, was sich auch an den Bestzeiten im Langlauf über 14 Kilometer ergibt, den Niggler-Freiburg in nur 37 Minuten bewältigte, gefolgt Distanz von S. Berg-Freiburg (38 Minuten), Nummer-Freiburg (39 Min.), Dr. Johns-Freiburg (40) und Köstlin-Freiburg (41 Min.). Der kleine Langlauf über sieben Kilometer wurde von Bader-Freiburg in 33 Minuten gelaufen, ihm folgten Sidingler-Freiburg in 36 und Hefenstod-Freiburg in 37 Minuten, ebenfalls gute Leistungen. Der Geländelauf mit 250 Meter Höhenunterschied sah Bader-Freiburg mit 3,17 Minuten als Sieger, an den weiteren Rängen Niggler-Freiburg mit 3,30 Minuten, Berg mit 4,07 Min. Am Sprunglauf erzielten Gust. Müller-Bayrischzell, der deutsche Meister, Walter G. I. a. Klingenthal, der schweizerische und österreichische Meister, Hans Bauer-Bayrischzell, der bairische Gaumeister, und der Norweger Thoren-Mannheim Sprünge an der 40 Meter-Weite, sprangen aber außer Konkurrenz. In der Konkurrenz placierten die besten jüngeren Schwarzwälder Springer: 1. Kunz-Todtnau Note 16,772, Weiten 26, 28, 30 Meter, 2. Hör-Todtnau Note 16,810, Weiten 20, 20,5, 20 Meter, 3. Andris-Freiburg Note 16,480, Weiten 20,5, 28, 27,5 Meter. Auf weider sportliche Höhe diese zweiten Frühjahrsprüfungen standen, ergibt sich auch daraus, daß in der Konkurrenz unter den neun ersten Springern nur drei Stürze erfolgten.

Radport

100 Km. Mannschaftsfahren bei Rütt Sieger: Kroll-Riethe

Trotz des zweifelhaften Wetters wies die zweite Veranstaltung der Berliner Rütt-Arena recht guten Besuch auf. Im Mittelpunkt der Geschwinde stand das 100 Km.-Mannschaftsfahren, an dem sich 18 Paare beteiligten. Kurz vor der

11. Wertung unternahmen Kroll-Riethe den entscheidenden Vorstoß, bei dem sie sowie die Italiener Belloni-Janaga dem Feld eine Runde abnehmen konnten. Die beiden Spitzenmannschaften lieferten sich dann einen erbitterten Kampf, den erst Riethe in der letzten Wertung entschied.

Das Ergebnis:

100 Km.-Mannschaftsfahren: 1. Kroll-Riethe 2:28:30,6 Std. 46 Punkte. 2. Belloni-Janaga 30 Punkte. Eine Runde zurück: 3. Puschel-Hagen-Frankenstein 54 Punkte. 4. Desmedis-R. Raen 35. 5. S. Standaert-Krollmann 12. 6. Pohl-Martin 10. 7. Maßbach-Macjinski 7. 8. Pragard-Mühlhoff 4. 9. Rams-carri-Roch 2 Punkte.

Verfolgungsdrennen: Behrendt-Longardi-Petermann-Macjinski holen die Ausländer Belloni-Ramscart-Standaert in 2:29,8 Min. nach 8 Runden.

Amateur-Hauptfahren: 1. Belwert. 2. Rühl. 3. Bette. — Amateur-Punziefahren: 1. Feine. 2. Arehn. 3. Meisner.

Neues aus aller Welt

Von einem umkürzenden Grabstein erschlagen

Berlin, 28. März. Das Opfer eines tragischen Unfalls ist die 23jährige Ehefrau Kiegler in Spandau geworden. Während sie sich an dem Grabhügel ihres Sohnes aufhielt, stürzte plötzlich aus noch nicht geklärt Ursache der an dem Nebengrabe stehende, etwa 1 1/2 Meter hohe Grabstein um und traf Frau Kiegler, die zu Boden geworfen und unter der Last begraben wurde. Die Verunglückte wurde in das städtische Krankenhaus Spandau gebracht, wo sie später ihren Verletzungen erlag.

Der falsche Doktor. In Berlin ist dieser Tage wieder einmal ein falscher Doktor juris entlarvt worden. Er handelt sich um einen kleinen Bankbeamten, der zuletzt vier Jahre im Gefängnis lag, und zwar wegen Spekulationen. Als er das Gefängnis verließ, trat er als Doktor juris auf und erklärte, daß er Syndikus von Bankfirmen sei. Auf diese Weise gelang es ihm, die Tochter einer angesehenen Familie zu heiraten, auch konnte er durch sein fiktives Aussehen eine ganze Reihe von Leuten um Beträge bis zu 50.000 Mark prellen. Er ging mit dem Abzeichen des Hohenzollernschen Hausordens und des Pour le Mérite umher und erzählte, daß er die Tochter eines aktiven Generals heiraten würde. Durch Zufall erfuhr ein Mann, der ihm große Gelder anvertraut hatte, daß er aber bereits verheiratet war. Auf diese Weise kam man auf die Betrügerien des Bankbeamten. Er konnte getrennt von der Berliner Kriminalpolizei wieder festgenommen werden.

Eine Schwindlerin unschädlich gemacht. Auf hochbetagte Frauen hatte es eine Schwindlerin abgesehen, die seit geraumer Zeit in allen Stadtteilen Groß-Berlins ihr Unwesen trieb, ohne daß es gelingen wollte, sie zu ergreifen. Die raffinierte Gemeinheit, mit der sie zu Werke ging, ist um so abstoßender, als sie ihre Opfer nur unter Umständen im Alter von 70 bis 90 Jahren suchte. Ein besonders trauriges Fall kommt ebenfalls auf das Konto der Betrügerin. In Prenzlau wohnte eine Dame, die ihren 90. Geburtstag feierte und von vielen Seiten Geschenke an Geld und Lebensmitteln erhielt. Bei ihr erlitten die Gaunerin, spiegelte ihr vor, daß eine Schulkasse für die alte Dame eine Sammlung veranstaltet habe und daß sie beauftragt sei, eine Flasche Wein, ein Körbchen mit Apfeln und 7,50 Mark zu überbringen. Vor der habe sie aber nur einen Scheinmarkschein bei sich und bitte daher die Grefin, ihr den Restbetrag von 2,50 Mark herauszugeben. Durch diesen Trick wollte die Schwindlerin nur erfahren, wo das greise Geburtstagskind das Geld aufbewahrt, das ihm von anderer Seite gespendet worden war. Unter einem wichtigen Vorwand schloß sie die Grefin dann an dem Zimmer und raubt inzwischen 170 Mark. In ähnlicher Weise ging sie heutzutage vor. Bei den Beschreibungen, die man von ihr erlangen konnte, wurde immer wieder ein schwarzes Lederhut erwähnt, der dann endlich auch auf die richtige Spur führte. Die Beobachtungen, die Kriminalbeamten anstellten, führten gestern dazu, daß eine 80 Jahre alte Frau Margarete Schulz verhaftet wurde. Man hatte wiederholt gesehen, daß Frau Schulz mit einem kleinen Körbchen ausging, das Blumen oder Früchte enthielt. Sie trug dann einen aus schwarzen und weißen Lederstreifen zusammengefügten Hut. Nach anfänglichem Leugnen gab sie endlich 24 Fälle zu, in denen sie betagte Frauen um Geld betrogen hatte.

Wetternachrichten der Karlsruher Landeswetterwarte

Table with 10 columns: Ort, Zeit, Wind, Wetter, etc. Rows include Berlin, Königsstuhl, Karlsruhe, Bad. Bad., Bisingen, Feldbg.-Hof, Badenweil., St. Pfaffen, Göttingen.

Die erste Warmfront der neuen ozeanischen Zykone hat und inzwischen erreicht und in der vergangenen Nacht bei Regenfällen gefährt. Auch im Gebirge regnet es nunmehr bei einigen Wärmegraden. Im Westen folgen noch weitere Randzellen der Zykone, jedoch wir auch für die nächsten Tage bei Zufuhr warmer Luft veränderliches Wetter mit zeitweisen Regenfällen zu erwarten haben.

Witterungsansichten für Mittwoch, 6. April: Fortdauernd mild bei südwestlichen Winden, veränderlicher Witterungscharakter mit zeitweiligen Regenfällen.

Berzugsbet, Drucker und Verleger: Drucker Dr. Haas, Neue Mannheimer Zeitung G. m. b. H., Mannheim, L. 8, 2. Direktion: Friedrichstr. 10.

Verantwortl.: Kurt Jäger — Verantwortl. Redakteur: Fritz Pollitz; Hans Ulrich Weidner; Dr. E. Kautler — Redaktionsrat: Dr. J. G. Schöner — Sport und Reize aus aller Welt: W. Müller — Anzeigenteil: Kurt Haas — Gestalt und aller Lebtige: Franz Richter — Anzeigen: Dr. W. G. Göttinger.

MAGGI'S Erbs-Suppe in Würfeln zu 13 Pfg. für 2 Teller. eine feine Suppe! Includes image of a Maggi's soup cube box.

